

Abg. Waldästl stellte den gemeinsamen Antrag von SPD und FDP vor. Der Mittelstand sei die tragende Säule im Rhein-Sieg-Kreis in Bezug auf Arbeitsplätze und Steueraufkommen. Der zu installierende Wirtschaftsbeirat solle die Politik als Expertengremium unterstützen und beraten, damit gemeinsam mit der Stadt Bonn Ideen und Vorschläge zur Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes umgesetzt werden könnten. Die Verwaltung solle die Arbeitsweise des Wirtschaftsbeirates und dessen Besetzung erarbeiten. Seit 2015 sei in Sankt Augustin solch ein Beirat installiert. Dort habe man mit dem Gremium gute Erfahrungen gemacht. Aus Sicht seiner Fraktion würden die vorhandenen Gremien für die Aufgaben der Zukunft nicht ausreichen.

Abg. Hoffmeister teilte mit, dass seine Fraktion gegen die Einrichtung eines Wirtschaftsbeirates stimmen werde, da es diverse Gremien und Institutionen gebe, welche die Politik beraten können. Daher solle man erst einmal die vorhandenen Möglichkeiten zur Information nutzen, ohne unnötige Doppelungen zu schaffen. Weiter kritisierte er die Besetzung des zu bildenden Beirates.

Abg. Frohnhöfer bezog sich auf ihren Vorredner Abg. Waldästl und erläuterte, weshalb der Antrag erneut in geänderter Form eingebracht worden sei. Einen Wirtschaftsbeirat aus Vertretern des Mittelstandes sehe sie als notwendig und nützlich an.

Abg. Schenkelberg stellte fest, dass ihm die Ausführungen im Antrag zu ungenau seien. Es gebe für diesen neu einzurichtenden Wirtschaftsbeirat keine Aufgabenbeschreibung, die möglichen Teilnehmer seien nicht definiert und wie eine evtl. Zusammenarbeit mit Bonn aussehen solle, werde ebenfalls offengelassen.

Aber selbst bei einer Konkretisierung dieser offenen Fragen sehe er keinen Bedarf. Es werde im Antrag kein Thema benannt, um welches sich der Beirat kümmern solle. Hier im AWT könnten alle Themen eingebracht und diskutiert werden. Zusätzlich könnten immer Sachverständige zur Beratung eingeladen werden, und auch in der Verwaltung sei sehr viel Sachverstand vorhanden.

SkB Chillingworth führte aus, dass er aus dem Antrag nicht entnehmen könne, wozu der zu bildende Beirat beraten solle. Daher wolle er dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

SkB Esser teilte mit, dass er auch gegen den Antrag sei. Gremien gebe es genug, und die Themen der Zukunft für die Region könnten sehr wohl im Wirtschaftsausschuss beraten werden.

Abg. Döhl wies darauf hin, dass es ja die Möglichkeit eines Bürgerantrages gebe. Hier könne jede Person einen Antrag stellen, etwas zu beraten oder zu beschließen, falls Bedarf gesehen werde. Er sehe seine Aufgabe als Abgeordneter auch darin, nachzuhören, wo Probleme bestünden und dieses dann einzubringen. Gremien gebe es genug in besserer und auch überregionaler Form.

SkB Nettekoven ergänzte, dass er als sachkundiger Bürger von der CDU in den Ausschuss berufen worden sei, da er über 35 Jahre Erfahrung als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung habe. Es stünde auch allen anderen Fraktionen offen, sich durch sachkundige Bürger zusätzliche Kompetenz in dieses Gremium zu holen. Weiter merkte er an, dass mit der Bildung eines Beirates Erwartungen geschürt würden, welche durch eine fehlende Entscheidungsbefugnis des Beirates nicht realisiert werden könnten. Der AWT könne dagegen Beschlüsse fassen, welche dann auch umgesetzt würden. Daher sei er ebenfalls gegen die Einrichtung eines Wirtschaftsbeirates.

Abg. Frohnhöfer erklärte, dass sie Unterlagen über die Stadt Geesthacht habe, in der ein Wirtschaftsbeirat eingerichtet worden sei. Dieser solle die Ratsversammlung, die Ausschüsse und die Verwaltung bei der Vorbereitung und Umsetzung wichtiger Angelegenheiten der örtlichen Wirtschaft beraten und begleiten. Er diene als Bindeglied zwischen den städtischen Gremien und ortsansässigen Unternehmen und solle die Zusammenarbeit der Stadt mit den Institutionen und Organisationen dieser Bereiche fördern. Aus den vorangegangenen Beiträgen habe sie entnommen, dass dieses schon vorhanden sei. Trotzdem benötige man die Bündelung der vorhandenen Kompetenz in einem Wirtschaftsbeirat, um konkrete Probleme vorbringen zu können. Sie bot an, den Antrag noch weiter zu konkretisieren.

Abg. Waldästl erwiderte, dass für die nächste Sitzung die Verwaltung beauftragt werden solle, einen Vorschlag für die Einrichtung eines Wirtschaftsbeirates zu erarbeiten. Hier solle auch die Aufgabenstellung konkretisiert werden. Inhaltlich sehe er diesen Beirat als sehr sinnvoll an, da er selber dem Beirat in Sankt Augustin angehöre und die Arbeitsweise als beratendes Gremium genau kenne. Daher mache es Sinn in dieser Sitzung über den Beirat abzustimmen.

Abg. Hoffmeister erklärte, dass der gesamte Antrag konkretisiert werden müsse, da er keine genauen Angaben über das Zustandekommen, die Kompetenzen und die Aufgaben eines Wirtschaftsbeirates enthalte. Daher sei der Antrag ziemlich inhaltsleer. Die IHK nehme die eben beschriebenen Aufgaben wahr und komme einmal jährlich zur Berichterstattung in den Ausschuss. Die bestehenden Netzwerke würden ausreichen.

Abg. Döhl regte an, den Antrag zu überarbeiten.

Abg. Frohnhöfer entgegnete, dass der Antrag lange genug beraten worden sei und dieser daher jetzt zur Abstimmung kommen solle.

Der Ausschussvorsitzende ließ daraufhin über den Antrag abstimmen.